

„Jetzt heißt es Vertrauen stärken, nicht Wachstum kappen.“

Die Spitzen des Sparkassenverbandes im Interview – Auch Regulatoren können übertreiben

Ein Jahreswechsel, der es in sich hat: Die Schuldenkrise erfordert Konsolidierungen der Staatsfinanzen quer durch Europa. Die europäischen Kapitalmärkte leiden unter globalem Vertrauensverlust, und die Regulatoren sind in Hektik geraten, die zusätzliche Gefahren birgt. Ein grundlegender Umbau der EU ist in Griffweite. Was heißt das alles für Österreich und für die heimischen Sparkassen? Verbandspräsident Christian Aichinger und Generalsekretär Michael Ikrath plädieren für Vertrauensbildung durch Konsolidierung und Regelwerke, die das Kind nicht mit dem Bad ausschütten.

Sparkassenzeitung: Die Sparkassen haben die Finanzkrise 2009 mit ihrem Geschäftsmodell hervorragend gemeistert. Kann man als Retailbankengruppe auch die Krise 2011 ähnlich gut überstehen? Ist der Primärmitteleuwachst ausreichend und ist somit die Finanzierung der KMU auch weiterhin gesichert?

Aichinger: Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen antworte ich mit einem klaren Ja. Das Primärmitteleaufkommen ist in Ordnung. Was sich allerdings auswirken wird, das sind die geplanten Gesetzesänderungen, die allesamt die Liquidität verteuern werden. Die neuen Regularien in Sachen Eigenkapital werden zur Verkürzung der Aktivseite, also zu einer Rücknahme bei den Krediten führen.

Sie meinen jetzt die von der EU für Jahresmitte 2012 geforderten 9 Prozent?

Aichinger: Richtig. Basel III allein hätte ja vernünftige Übergangsfristen gehabt ...



Christian Aichinger und Michael Ikrath: „Was wir jetzt brauchen, sind nicht wachstumsdämpfende Regularien, sondern vertrauensbildende Maßnahmen, wo immer es geht.“

...doch vor kurzem haben Nationalbank und FMA noch eins draufgelegt und ein zusätzliches regulatives Korsett für das Engagement im CEE-Raum geschaffen. Mit zusätzlichen Unterlegungspflichten für Geschäfte in diesen Ländern.

Ikrath: Es ist für uns schwer verständlich, dass nunmehr die eigene Aufsicht die Wachstumschancen in Ost- und Südosteuropa massiv in Frage stellt. Dieses Vorhaben ist offensichtlich auch nicht mit den Aufsichten in den regionalen Märkten akkordiert worden. Die Negativwirkungen waren sofort erkennbar: Die Börsenkurse der betroffenen Banken sind weiter gesunken, und in diesen Märkten droht jetzt wirklich eine Kreditklemme, was sich auf das Wachstum, das die europäische Wirtschaft dringend benötigt, bremsend auswirken wird.

Also psychologisch genau die falschen Effekte ...

Aichinger: Was da übersehen wird: Man schadet auch der österreichischen Wirtschaft. Wir sind in diesen Ländern der stärkste Handelspartner. Nimmt man Konsumenten und Unternehmen in diesen Ländern die Finanzierungsmöglichkeiten, dann schadet das in Konsequenz naturgemäß der heimischen Exportwirtschaft. Man trifft also nicht primär die dort tätigen Banken, sondern schadet dem Wirtschaftsstandort Österreich.

Ikrath: Die österreichischen Banken haben sich in der legendären Wiener Erklärung des Jahres 2008 verpflichtet, kein Kapital aus Osteuropa abziehen. Damit haben wir sehr wesentlich zur Konjunkturstabilisierung in diesen Ländern beigetragen und

auch das Wachstum in Österreich gestützt. Es ist für viele verwunderlich, dass die Aufsicht – in einer ganz ähnlichen Situation – jetzt genau das Gegenteil bewirkt.

Krugman-Effekte am Wiener Otto-Wagner-Platz?

Ikrath: Ja, zudem geht ein für unsere Gruppe entscheidendes Faktum unter: die Erste Group finanziert die Kredite im CEE-Raum aus den Primäreinlagen in diesen Ländern und macht dort somit weitgehend das klassische Sparkassengeschäft. Sie wandelt Einlagen in Kredite an Private und Unernehmen um.

Aichinger: Damit das klar wird: Es gibt keinen Liquiditätsfluss von West nach Ost, eher von Ost nach West. Das Primärmitteleaufkommen in diesen Ländern ist völlig ausreichend.

Ist die Notenbank diesen Argumenten nicht zugänglich?

Ikrath: Ich gestehe der Nationalbank zu, dass sie auch andere Aspekte – wie etwa das Rating Österreichs – betrachtet. Doch wäre die Abstimmung mit den Verantwortlichen in den CEE-Ländern jedenfalls geboten gewesen. Denn in den betroffenen Ländern herrscht ob dieser Maßnahme nicht nur Irritation bei den Regierungen, sondern da droht uns handfester Vertrauensverlust mit schwerwiegenden Folgen für die österreichische Wirtschaft. Da geht es ja mehr als um Kreditfinanzierung. Da geht es um das Vertrauen in die Zuverlässigkeit unserer Politik, das nun beträchtlich erschüttert ist. Was wir jetzt brauchen, sind nicht wachstumsdämpfende Regularien, sondern vertrauensbildende Maßnahmen, wo immer es geht.

Doch das Misstrauen gegenüber der Kreditwirtschaft gehört derzeit quasi zum guten Ton.

Ikrath: Die Banken, die unser Geschäftsmodell haben, sitzen doch mit den von ihnen finanzierten Unternehmen in einem Boot und waren wie die Realwirtschaft in der Krise des Jahres 2009 die Opfer der amerikanischen Investmentbanken bzw. jener Fehler, die zur Subprime-Krise geführt haben. Jetzt haben wir eine Haushaltskrise, die durch den verantwortungslosen Umgang vieler Länder mit ihren Staatsfinanzen ausgelöst worden ist. Man hat die Banken jahrelang massiv zum Kauf von Staatsanleihen motiviert und diese begünstigt. Es ist daher völlig unzulässig, wenn die Politik die Banken jetzt wieder an den Pranger stellt. Es ist auch falsch zu behaupten, dass die Verschuldung der Staatshaushalte durch die Bankenhilfe und die Konjunkturpakete der

FINANZEN



Segen oder Fluch?

Josef Christl über die Sinnhaftigkeit von Eurobonds

Seite 3

SPARKASSEN



Gemeinwohl als Anstifter

Verleihung des CIVITAS-Awards an Sparkassenstiftungen

Seite 5

EUROPA



Ungarn muss wieder zum IWF gehen

Sándor Richter über die Finanzpolitik unseres Nachbarlandes

Seite 7

SPARKASSEN NEWS

Zweimal für Kultursponsoring ausgezeichnet

Die Wiener Neustädter Sparkasse wurde innerhalb von zwei Tagen zweimal für ihr Kultursponsoring ausgezeichnet: am 22. November mit dem österreichweit vergebenen „MAECENAS“, am 24. November mit dem Kultursponsoringpreis Niederösterreich.

Bei beiden Ehrungen konnte sich die Sparkasse über einen Anerkennungspreis in der Kategorie „Projekt/Klein- & Mittelbetriebe“ freuen. Die Preise erhielt die Sparkasse für ihre Kooperationen mit dem „SOG-Theater“ und dem „Theater im Neukloster“.

Einmal um die ganze Welt mit Hermes



Hermes zu Gast in der FH Wiener Neustadt

Für die neue Studentenkampagne der Sparkassen konnte der einzigartige Herr Hermes – bekannt aus Funk und Fernsehen (FM4, Willkommen Österreich, ...) gewonnen werden. In gewohnter Manier geht Hermes in drei youtube-Videos der Frage nach, wie man am besten „Einmal um die ganze Welt“ kommt.

Die Botschaft für die Studenten – neben der zu gewinnenden Weltreise: Mit der BankCard StudentID lässt sich die ganze Welt bereisen – immerhin ist sie die einzige Bankomatkarte mit weltweit gültigem Studentenausweis.

Smartphone Banking ausgebaut

Erste Bank und Sparkassen haben die erste Banken-App für das Betriebssystem Windows Phone auf den Markt gebracht. Sie steht im Marketplace von Microsoft zum Download zur Verfügung.

Die mit Microsoft Consulting gemeinsam entwickelte netbanking-App beinhaltet folgende Funktionen: Überweisungen, Kontostand abfragen, die aktuellen Kreditkartenumsätze ansehen sowie Bank- und Kreditkarten online sperren. Darüber hinaus gibt es die geografische Filial- und Bankomatsuche, ein Notfallservice sowie aktuelle Wechselkurse.

Ab Anfang Jänner 2012 werden über alle Mobilfunkbetreiber Österreichs die erwarteten Nokia-Smartphones mit dem Betriebssystem Windows Phone ausgeliefert. „Windows Phone macht das Leben der User in allen Bereichen einfacher. Kommunikation, Multimedia-Unterhaltung, Social Networks und nun auch Bankgeschäfte auf Knopfdruck. Mit der netbanking-App der Erste Bank können Kunden ihr Konto mobil verwalten, Geld überweisen und vieles mehr – und das alles im Look & Feel von Windows Phone Panorama“, freut sich Claudia Panozzo, Windows Phone Marketing Lead Microsoft Österreich, über die neue App.



Ab durch die Mitte!

Jugendliche wissen in der Regel einiges über die USA und Westeuropa, aber wenig über unsere Nachbarn. Ziel des Brettspiels „Ab durch die Mitte. Das große Spiel zum Donauraum“ ist es daher, Schülerinnen und Schülern diese Länder spielerisch und zielgruppenadäquat näherzubringen.

Das Spiel, das vom Arbeitskreis Wirtschaft und Schule (eine Kooperation der Wirtschaftskammer mit dem Sparkassenverband) konzipiert worden ist, eignet sich für den Einsatz bei Kindern ab 13 Jahren.

Nähere Informationen unter <http://aws.m-services.at/home>

Informationen beim Business Coffee

Die Wiener Neustädter Sparkasse lud Kommerz-kunden zu einem „Business Coffee“, um gemeinsam aktuelle Marktgeschehnisse anzusprechen und die Kunden aktiv zu informieren. Thomas Primus von der Erste Group lieferte aufschlussreiche Analysen zu Themen wie Gold, Schweizer Franken und zur Zinslandschaft. In diesem Zusammenhang stellte er auch Absicherungsstrategien vor, die die Kreditlinie für Unternehmer planbarer machen.

Jahre 2008 und 2009 verursacht wurde. Die Überschuldungsquoten waren ja schon vor 2008 dramatisch hoch.

Aichinger: Wenn man sich in Österreich die Zuschüsse für die ÖBB, für die Pensionsversicherung oder die Kosten des Gesundheitssystems anschaut, dann braucht man über die Bankenrettung erst gar nicht zu reden. Das war kein Schuldenturbo.

Ikrath: Selbst in der Hochkonjunktur haben wir es nicht geschafft, ausgeglichene Budgets zu gestalten. Es ist daher unfair und hilft uns überhaupt nicht weiter, von politischem Versagen abzulenken, einen Sündenbock zu suchen und die Banken für die Malaise verantwortlich zu machen.

Vor kurzem haben die wichtigsten Notenbanken den Finanzmärkten zusätzliche Liquidität verschafft. Ist das auch für die Sparkassen von Relevanz oder reicht das nach wie vor solide Primärmittelaufkommen?

Aichinger: Zusätzliche Liquidität führt vorübergehend zur Entspannung, das ist auch für Primärmittelbanken eine Erleichterung, denn der Interbankenverkehr ist in den vergangenen Wochen schwieriger geworden, als man das in der Öffentlichkeit wahrnimmt. Das ändert aber nichts daran, dass die gesamten Regulative aus meiner Sicht zwei Fehler haben: Sie verlangen den Kapitalaufbau zu rasch. Darüber hinaus wollen sie das, was ur-eigenes Bankengeschäft ist – nämlich die Fristentransformation – den Banken wegnehmen. Jetzt heißt es plötzlich, dass jeder Kredit fristenkonform zu finanzieren ist. Das wird im Endeffekt zu einer deutlichen Verteuerung der Kredite führen. Wenn man einen auf 30 Jahre angelegten Kredit für einen Hausbau fristgerecht finanzieren muss, dann kostet das die Bank derzeit gut und gern 9 bis 10 Prozent. Damit würgt man doch die Investitionen ab und schädigt nachhaltig die Wirtschaft.

Ikrath: Gerade die österreichische Wirtschaft, in der Wachstum und Beschäftigung von den KMU getragen werden und die stark von der Kreditfinanzierung abhängig ist, werden damit enorm belastet. Das Kapital, das jetzt von den Banken zusätzlich verlangt wird, ist in den Märkten derzeit kaum aufzutreiben. Also ist es entweder aus den Gewinnen der Banken zu erzeugen, oder man verkürzt die Aktivseite. Das wiederum heißt weniger und wesentlich teurere Kredite.

Aichinger: Ich halte den Regulierungsansatz für grundlegend falsch. Das, was man regulieren sollte, das sind die Produkte. Ein Müller braucht einen Getreidekontrakt zur Absicherung. Aber warum darf dieser Kontrakt dann – aus rein spekulativen Gründen – weiterverkauft werden? Dort ist anzusetzen, auch wenn das primär die amerikanischen und britischen Banken trüfe. Die Ausrichtung auf die Eigenmittel allein ist es nicht: Denn im Ernstfall reichen auch 15 Prozent Eigenkapital nicht. Man sollte klipp und klar sagen, welche Produkte auf dem Markt nichts verloren haben.

Ikrath: Es ist doch nicht einsichtig, dass etwa die kleine Sparkasse Poysdorf nach denselben Grundsätzen reguliert werden soll wie die riesige Deutsche Bank. Diese ist zu 85 Prozent ihres Geschäftsvolumens eine Investmentbank mit hohem Risiko. Die Kollegen in Poysdorf fi-

nanzieren mit Spareinlagen die ihnen wohlvertrauten Klein- und Mittelbetriebe aus der Region. Diese wiederum sind für regionales Wachstum und Beschäftigung entscheidend. Niemand kann plausibel erklären, warum beide Institute über einen Kamm geschoren werden sollen. Weder in Brüssel noch in Basel oder in Frankfurt ...



Christian Aichinger: „Was mich an der EU stört, das ist die Monstranz namens totaler Wettbewerb.“

Aber sieht man dort wenigstens die Brisanz des Problems?

Ikrath: Man sieht sie, aber man geht bisher nicht darauf ein.

Aichinger: Ich bin überzeugter Europäer. Aber das, was mich an der EU stört, das ist die Monstranz namens totaler Wettbewerb. Der setzt nämlich den lupenreinen Homo oeconomicus voraus, also jenen Marktteilnehmer, der sich vor jeder Entscheidung einen lückenlosen Überblick über die Angebote quer durch Europa verschafft und rein rational die Entscheidung trifft. Aber die allermeisten sind doch Menschen, die sich in ihrer Region wohlfühlen und gut betreut sehen wollen. Hier wird jedenfalls das Binnenmarktkonzept übertrieben.



Michael Ikrath: „Es ist doch nicht einsichtig, dass etwa die kleine Sparkasse Poysdorf nach denselben Grundsätzen reguliert werden soll wie die riesige Deutsche Bank.“

Ikrath: Zum Regelwerk Basel III ist zudem anzumerken, dass die Europäer davon ausgegangen sind, auch die USA würden es flächendeckend in ihrer Kreditwirtschaft anwenden. Jetzt zeichnet sich ab, dass dort Basel III nur für die großen, international tätigen Bankkonzerne gelten wird. Da ist es schon berechtigt, die Frage zu stellen: Ist es dann sinnvoll und vertretbar, Basel III in Europa allen Banken, völlig unabhängig von ihrem Geschäftsmodell, ihrer Größe und regionalen Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung, gleichermaßen aufzuerlegen? Da zeichnet sich auch bei den Interessenvertretungen der mittelständischen Wirtschaft europaweit bereits wachsender Widerstand ab. Daher bin ich sicher, dass diese Frage in Brüssel noch einmal thematisiert werden wird. Denn es kann in der gegenwärtigen Konjunktursituation nicht sinnvoll sein, über massive Kreditverknappung das Wachstum endgültig abzuwürgen.

Wie beurteilen Sie die derzeitige Kreditnachfrage in Österreich? Gibt es bereits Abschwächungssignale?

Aichinger: Die Nachfrage der KMU nach Krediten ist in Ordnung. Es gibt allerdings Branchen, die einen Rückgang der Auftragsbestände verzeichnen. Etwa im Baubereich oder im Anlagenbau.

In Österreich wurde dieser Tage eine Schuldenbremse beschlossen. Welche Bedeutung hat eine derartige Maßnahme für die Psychologie der Märkte?

Ikrath: Nachdem das Vertrauen in die Regierungen, aus eigener Erkenntnis und Verantwortlichkeit eine konsequente Budgetkonsolidierung herbeizuführen, erschüttert wurde, ist eine in der Verfassung verankerte Schuldenbremse ein klares Signal dafür, dass die Parlamente die Regierungen zu einer zügigen Sanierung der Staatshaushalte veranlassen wollen.

Aichinger: Endlich eine konkrete Maßnahme, die sehr zu begrüßen ist.

Ikrath: Und die dazu führt, dass man endlich das strukturelle Budgetdefizit ansprechen wird, obwohl die Zusammenhänge seit Jahren offen auf dem Tisch liegen. Jetzt, unter dem Druck der Schuldenbremse, werden die Kostentreiber Frühpensionen, Krankenhausbaustruktur, ÖBB und Verwaltung beim Namen genannt. Man beginnt tatsächlich mit Reformmaßnahmen. Das ist das Essentielle: Die Schuldenbremse zwingt dazu, die Strukturen zu reformieren. Das wird seine Wirkung auf den Märkten, also bei jenen, die uns zu vertretbaren Zinsen Geld leihen sollen, nicht verfehlen.

Könnte es sein, dass es in einer Dokumentation in zehn Jahren heißt: Die Krise des Jahres 2011 hat eine Neugestaltung des europäischen Einigungsprozesses bewirkt und die Konsolidierung der aus den Fugen geratenen Staatshaushalte eingeleitet?

Ikrath: Ja, durchaus. Es ist dringend notwendig, dass sich Europa am Riemen reißt und endlich zu einem entschlossenen, gemeinsamen Krisenmanagement gelangt. Ebenso muss der Währungsunion durch eine politische Union mit gemeinsamer Wirtschafts-, Steuer- und Budgetpolitik entsprochen werden. Dazu braucht es die besten Köpfe für Brüssel, die Stärkung des Europäischen Parlaments und eine gemeinsame Wirtschaftskonzeption, die auf Wettbewerbsfähigkeit abstellt. Nur so kann das weltweit bei den Investoren verlorengegangene Vertrauen in ein starkes und zukunftsfähiges Europa zurückgewonnen werden.

Aichinger: Diesmal sind es nicht böse Banken oder Spekulanten, die den Vertrauensverlust herbeigeführt haben, sondern die krassen Überschuldungen wichtiger Euro-Länder. Europa braucht daher eine Stärkung seiner Wirtschaftsleistung im globalen Wettbewerb, und das wird ohne die Übertragung nationaler Kompetenzen an supranationale Instanzen nicht gehen. Bei aller Liebe zu meinem Heimatland Österreich: Würde heute eine chinesische Metropole mit 17 Millionen Einwohnern eine eigene Anleihe begeben, wir würden lächeln. Ähnlich lächeln jetzt die Chinesen, wenn Österreich autonom auf den Finanzmärkten auftritt. Europa muss zusammenwachsen. In Kompetenz und Wirtschaftskraft. Das ist ohne Alternative.

Das Interview führte Milan Frühbauer.

Eurobonds: Segen oder Fluch?

Viele Ideen, aber keine wirkliche Lösung der Schuldenkrise

Josef Christl*

Die Europäische Währungsunion befindet sich in einer veritablen Krise. Griechenland, Portugal und Irland sind mittlerweile seit längerem bereits in ihrer Staatsfinanzierung von den internationalen Kapitalmärkten abgeschnitten und auf europäische Rettungsschirme angewiesen. Italien, Spanien und Belgien können sich zwar derzeit noch über die Märkte finanzieren, allerdings zu Zinssätzen, die längerfristig für diese Länder nicht tragbar sind

Fast täglich werden neue Überlegungen angestellt, wie man dieser Krise Herr werden, einzelne Mitgliedsstaaten vor dem Staatsbankrott und den Euroraum vor dem Zerfall retten kann. Ein dabei auch von der EU-Kommission immer öfter in die Diskussion eingebrachter Ansatz sind die Eurobonds.

Für die Befürworter der Eurobonds scheint eines klar zu sein: Die mit Schuldenproblemen kämpfenden Eurostaaten befinden sich vor allem in einer vorübergehenden Liquiditätskrise – und nicht in einer existentiellen Solvenzkrise. Damit diese Staaten weiterhin Geldmittel zu leistbaren Zinssätzen aufnehmen und ihre Wettbewerbsfähigkeit sowie ihren Staatshaushalt wieder in Ordnung bringen können, wird die Einführung von Eurobonds vorgeschlagen. Außerdem betonen die Befürworter von Eurobonds, dass deren Einführung einen großen, liquiden und damit sehr attraktiven Markt für Staatsanleihen schaffen würde.

Ideenvielfalt: Red, Blue und die Elitebonds

Mittlerweile gibt es eine ganze Reihe von Eurobondvarianten, so etwa Stabilitätsanleihen, Bluebonds/Redbonds und Elitebonds. Alle diese Formen von Eurobonds haben aber letztlich das Ziel, die Schuldenaufnahme (oder zumindest einen Teil davon) und vor allem die Haftung zu vergemeinschaften, um damit die Möglichkeit zur Verschuldung zu günstigen Kosten für alle Mitglieder der Währungsunion aufrechtzuerhalten. Gute Schuldner wie Deutschland oder Österreich müssten dann natürlich höhere Zinsen in Kauf nehmen, schlechtere hingegen würden sich günstiger refinanzieren.

Die Kritiker von Eurobonds argumentieren nun, dass die Loslösung von Finanzpolitik und Haftung ausgesprochen problematisch ist. Das Haftungsprinzip ist ein Grundprinzip rationalen Wirtschaftens und zugleich einer der Grundpfeiler der marktwirtschaftlichen Ordnung. Eurobonds könnten zwar kurzfristig einigen Ländern Entlastung verschaffen, doch längerfristig sind sie der Weg in eine Schuldenunion, weil sie Anreize für noch mehr Verschuldung bieten und die kontrollierenden Kräfte des Staatsanleihenmarktes für einzelne Schuldner

Josef Christl: „Alles in allem sind Eurobonds meines Erachtens keine Lösung für die aktuelle Krise.“



außer Kraft setzen. Eurobonds beinhalten damit ein sogenanntes „Moral Hazard Problem“: Als Folge der Hilfe seitens der Partnerstaaten geht für das verschuldete Land der Anreiz zurück, seine Finanzen aus eigener Kraft in Ordnung zu bringen.

Redbonds ab 60 Prozent Schuldenquote?

Ein stärker differenziertes Modell der Eurobonds, das diesem Moral Hazard Problem teilweise Rechnung trägt, hat der europäische Think-Tank Bruegel vorgestellt. Dieses Modell sieht zwei Arten von Staatsanleihen in der Euroraum vor: „Bluebonds“ und „Redbonds“. Der Bluebond soll von den Staaten der Eurozone gemeinsam emittiert werden, und die Länder der Eurozone sollen gesamtschuldnerisch dafür haften. Er wäre also ein Eurobond. Anleihen, die von den Eurostaaten jenseits der Maastricht-Schuldengrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufgenommen werden, heißen „Redbonds“. Für Redbonds bestünde keine europäische Haftung und sie würden weiterhin mit rein nationaler Haftung des jeweiligen Eurostaats emittiert. Redbonds wären gegenüber den Bluebonds nachrangig, bei der Zentralbank nicht refinanzierungsfähig und natürlich wesentlich teurer. Auf diese Weise würde für die einzelnen Euroländer der Anreiz gesetzt, die Schuldengrenze von 60 Prozent nicht zu überschreiten. Die unmittelbare Einführung dieses Modells würde derzeit aber mit hoher Sicherheit dazu führen, dass die hochverschuldeten Länder für den Teil bis 60 Prozent ihrer Staatsschuld zwar einen günstigen Zins erhalten würden, aber für den über die 60-Prozent-Grenze hinausgehenden Teil keine Käufer finden würden und diese Schuld vermutlich restrukturieren müssten. Auch das sogenannte „Elitebonds-Modell“ bei dem die sechs (Noch)-Triple-A-Schuldner der Eurozone – Deutschland, Frankreich, Finnland, Luxemburg, Niederlande und Österreich – Anleihen mit gemeinsamer Haftung begeben, kann zur Lösung der aktuellen Probleme beitragen, da sich die Triple-A-Schuldner ja ohnedies zu guten Konditionen finanzieren können.

Will man somit einen unmittelbaren Beitrag zur Lösung der Liquiditätskrise mancher Eurostaaten mittels Eurobonds liefern und gleichzeitig das Moral Hazard Problem minimieren, dann müssten wohl zumindest die Wirtschaftspolitik noch wesentlich stärker überwacht und koordiniert werden. Außerdem müssten Eingriffsmöglichkeiten von Brüssel in die nationalen Budgets einzelner Mitgliedsstaaten möglich gemacht werden. Das erscheint derzeit aber weder demokratiepolitisch einfach noch rasch durchzuführen. Denn dafür wären natürlich auch verschiedene Änderungen des EU-Vertrags erforderlich, insbesondere Artikel 123 („No-Bail-Out-Klausel), der eine gemeinschaftliche Haftung für Schulden bisher untersagt.

Beachtliche Mehrkosten auch für Österreich

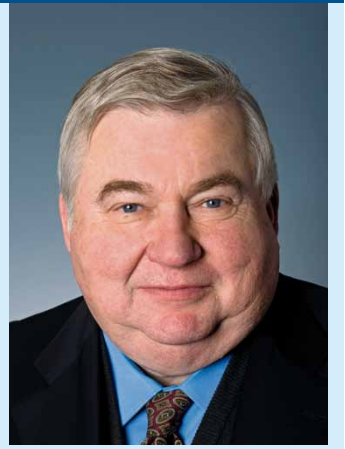
Die Kosten von Eurobonds für die derzeit guten Schuldner wie Deutschland oder Österreich wären im Übrigen nicht unerheblich. Das Münchner Ifo-Institut hat diese für den deutschen Staatshaushalt auf 47 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt. Eine entsprechende Prognose für Österreich beläuft sich auf etwa 3 bis 4 Mrd. Euro. Prognosen in diesem Zusammenhang sind allerdings mit Vorsicht zu behandeln, da es sich bei den Eurobonds um ein völlig neues Verschuldungsmodell handelt und deren Aufnahme auf den Märkten nur schwer abschätzbar ist. Alles in allem sind Eurobonds meines Erachtens keine Lösung für die aktuelle Krise. Denn deren Ursachen liegen in der Überschuldung der Staaten. Eurobonds lösen dieses Problem nicht, sondern führen unter Umständen sogar zu dessen Verschärfung. Sollte sich allerdings die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion im Verlauf des kommenden Jahrzehnts zu einer europäischen politischen Union entwickeln, dann wären Eurobonds sinnvoll und würden auch ihre Berechtigung haben.

*) Univ-Doz. Josef Christl war Vorstandsmitglied der OeNB und leitet jetzt das Beratungsunternehmen Macro-Consult.

EINBLICK

Schützenswerte Minderheit

Brillenwechsel anno 2012



Milan Frühbauer

Vertrauen in die Stärke

Der Gegensatz könnte pointierter nicht sein: Während die vorweihnachtliche Konsumneigung die Einkaufszentren füllte, waren die Wachstumsraten in Krisenrede und Zukunftsbesorgnis spürbar zweistellig. Alles nur Endzeitstimmung oder kollektives Negieren der eingetrübten ökonomischen Rahmenbedingungen? Kein österreichisches Phänomen allein. Wer in den vergangenen Wochen etwa Deutschland oder Italien bereiste, konnte feststellen, dass die privaten Haushalte offensichtlich von den als Folge der Schuldenkrise erwarteten Einbrüchen in der Realwirtschaft (noch) unbeeindruckt agieren.

Der Jahreswechsel ist von einer merkwürdigen Ambivalenz charakterisiert. Hier der Rekord aus der österreichischen KFZ-Zulassungsstatistik, dort die internationale Expertise, wonach den Autobauern 2012 massive Einbrüche drohen. Das ist nur ein Beispiel für die gegenwärtige Diskrepanz zwischen der Marktentwicklung und der makroökonomischen Marktprognose.

Mainstream in Moll

Ein Blick auf die Wirtschaftsseiten der Tageszeitungen und Magazine lässt vermuten, dass die Optimisten in Wirtschaftsverbänden und ökonomischen Forschungsinstituten eine Spezies sind, die sich angesichts des Mainstreams in Moll nicht mehr traut, sich zu artikulieren. Doch das wäre fatal ...

Jetzt ist nämlich die Stunde jener gekommen, die das alles – was der öffentlichen Hand in den meisten europäischen Ländern noch bevorsteht – schon jahrelang hinter sich haben. Effizienzsteigerung und Produktivitätsfortschritt mit dem Ergebnis deutlich verbesserter internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Den international agierenden Unternehmen aus Sachgüterproduktion und Dienstleistungsangebot kommt einmal mehr die Rolle zu, jene Wachstumsdämpfer zu kompensieren, die ohne Zweifel von der Sanierung diverser Staats- und Kommunalhaushalte ausgehen werden.

Die Ausgangslage ist so schlecht nicht: Der technologische Fortschritt – etwa in der Energietechnik, der Fertigungs- und Informationselektronik oder in der Materialwirtschaft – ist ungebrochen. Die Zahl der Emerging Markets wird eher größer als kleiner. Der strukturelle Nachholbedarf in den Ländern des CEE-Raums ist ungebrochen, Südamerika befindet sich auf dem Weg zu einer konstanten Wachstumsregion, und die Dynamik in Ost- und Südostasien hat ebenfalls wenig von ihrer Lokomotiv-Funktion verloren.

Die österreichische Wirtschaft ist mittlerweile hochgradig internationalisiert. Im Jahre 2011 erreichten die Exporte von Waren und Dienstleistungen sowie die Leistungen der Tourismuswirtschaft für ausländische Gäste in Österreich bereits knapp 60 Prozent des BIP. Das ist ein Wert, der sich mittlerweile auch in den internationalen Vergleichen der kleineren Industriestaaten dieser Welt sehen lassen kann.

Natürlich kann sich eine solche Volkswirtschaft einer weltweiten Wachstumsschwäche nicht entziehen. Selbstverständlich darf man die investiven Impulse der Gebietskörperschaften nicht unterschätzen und muss damit rechnen, dass auf absehbare Zeit Bund, Länder und Gemeinden nicht zu den entscheidenden Impulsgebern des Wirtschaftswachstums zählen werden. Auch wenn die Politik beteuert, sie werde beim Konsolidierungsprozess auf das Wachstum Rücksicht nehmen.

Dennoch: Optimismus ist auch Vertrauen in die eigene Stärke. Allein deshalb sind gerade jetzt, beim Übergang in ein kompliziertes Wirtschafts- und Fiskaljahr, die Optimisten hochgradig „schützenswert“. Gegenwärtig sind sie in der Minderheit, weil sehr viele die Brille der nahenden Apokalypse aufgesetzt haben. Ein Brillenwechsel für das Jahr 2012 würde uns daher allen gut tun. Die Probleme der Schuldenkrise sind ja ohnehin mit freiem Auge jederzeit erkennbar.

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „Industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Partnerschaft mit der HAK Bludenz



HAK-Direktor Hans Duregger, Kathrin Mair und Vorstandsvorsitzender Christian Ertl (beide Sparkasse Bludenz)

Seit 16 Jahren unterstützt die Sparkasse Bludenz das Projekt „Übungsfirma“. Dabei werden in einem Großraumbüro im Betriebswirtschaftlichen Zentrum der Handelsakademie die komplexen wirtschaftlichen Sachverhalte eines Unternehmens abgebildet. Jugendliche werden als Mitarbeiter oder als Abteilungsleiter mit konkreten Aufgaben und Verantwortlichkeiten gefordert und gefördert.

Als Partner aus der Wirtschaft bringt die Sparkasse Bludenz Know-how, materielle und finanzielle Unterstützung ein. Und genau dieser intensive persönliche Austausch zwischen Praktikern aus der Wirtschaft, Lernenden und Lehrenden trägt zum Erfolg dieser kaufmännischen Ausbildung bei.

Auszeichnungen beim Dachfonds-Award

Bereits zum elften Mal zeichnete das GELD-Magazin die besten Dachfonds in Österreich aus. Rund 350 Gäste waren anwesend, als im Haus der Industrie in Wien aus 503 Dachfonds die Sieger gekürt wurden. Trotz der vergangenen schwierigen Jahre erzielten die Fonds der Sparkassengruppe vergleichsweise sehr gute Renditen. Das brachte den Fonds von ERSTE-SPARINVEST, Ringturm und Sparkassen zwei erste, sieben zweite und sechs dritte Plätze.

Vortragsabend zu Betriebsübergaben



Sparkassen-Finanzierungsexperte Friedrich Reisenbichler, VDir. Johann Schragl, Notar-Substitutin Nina Ofner, Notar Christoph Klimscha und Steuerberater David Gloser

Ist die erfolgreiche Betriebsübergabe Zufall oder muss dahinter ein Konzept stehen? Der Beantwortung dieser Frage war ein Vortragsabend in der Sparkasse Scheibbs gewidmet. Gemeinsam mit David Gloser von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungskanzlei ECOVIS, Notar Christoph Klimscha und Experten der Sparkasse wurden steuerliche, rechtliche und finanzielle Aspekte ins rechte Licht gerückt.

Gesundheitstag in Waidhofen



Training mit Marathonläufer Michael Buchleitner

Der fünfte Gesundheitstag der Stadtgemeinde Waidhofen/Thaya stand diesmal unter dem Motto „Schule in Bewegung“. Den Besuchern wurde ein umfangreiches Angebot präsentiert – von der gesunden Ernährung bis zur richtigen Lebensweise. Die Waldviertler Sparkasse von 1842 bereicherte den Gesundheitstag mit dem zweifachen Olympiateilnehmer im Marathonlauf, Michael Buchleitner. Er trainierte mit Schulkindern und hielt einen Vortrag über die positiven Auswirkungen von Ausdauersport auf die Gesundheit.

Mikrokredit
als Makrochance

Jetzt auch in der Salzburger Sparkasse

Sandra Paweronschitz

Nicht nur in den Entwicklungsländern werden Mikrokredite eingesetzt, um die Armut zu bekämpfen und neue kleingewerbliche Strukturen zu schaffen, auch in Österreich sind sie eine wichtige Starthilfe: seit kurzem auch in Salzburg.

Als Muhammad Yunus vor fünf Jahren für seine Idee der Armutsbekämpfung mit Mikrokrediten den Friedensnobelpreis erhielt, erregte die Idee weltweit Aufsehen. Die wenigsten wissen aber, dass dieses Instrument, das von Yunus in Bangladesh erprobt wurde, auch in Österreich eingesetzt wird.

Das Sozialministerium hat eine Initiative gesetzt, die Arbeitslosen über einen Kredit die Chance gibt, als Kleinunternehmer durchzustarten (www.dermikrokredit.at). Voraussetzung für die Gewährung eines derartigen Kredites ist eine zündende Idee, die als Projekt bei der Beratungsfirma ÖSB eingereicht werden muss. Bei positiver Beurteilung wird das Geld von einer Bank und der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft (AWS), der Förderbank des Bundes, zur Verfügung gestellt.

Historisches Erbe

Das Pilotprojekt startete im Mai 2010 in Wien und in der Steiermark, im Februar 2011 konnte die Initiative auf Niederösterreich und das Burgenland ausgeweitet werden. Mit kräftiger Unterstützung der Ersten Bank. Schließlich vergab schon Johann Baptist Weber, Gründer der Ersten österreichischen Sparcasse, Kredite an Kleingewerbetreibende, also quasi Biedermeier-Mikrokredite. Jetzt zieht Salzburg nach. Die Vorstandsvorsitzende der Salzburger Sparkasse, Regina Ovesny-Straka,



Mit einem Mikrokredit können vor allem KMU ihre Finanzierungsbasis sichern.

skizziert das Anliegen: „Es ist unsere gesellschaftliche Aufgabe als Bank, die unternehmerische Kreativität zu unterstützen und Kredite zu vergeben, auch an jene, die einen Neuanfang mit einem Schritt in die Selbstständigkeit versuchen wollen und keine finanzielle Chance dafür bekommen.“

In Summe stellt die Salzburger Sparkasse 400.000 Euro für diese Mikrokredite zur Verfügung, wobei Einzelpersonen bis zu 12.500 Euro und Personengesellschaften bis zu 25.000 Euro erhalten können. Die Laufzeit beträgt max. fünf Jahre, die ersten sechs bis neun Monate können tilgungsfrei gestellt werden. Besondere Vorteile: Bearbeitungsgebühren fallen keine an, und ein fixer Zinssatz wird für die gesamte Laufzeit garantiert. Die Rückzahlung erfolgt quartalsweise in gleichen Raten.

Problem der
fehlenden Sicherheiten

Etwa 15 Prozent der potentiellen Gründer können nicht am Unternehmensgründungsprogramm (UGP)

des Arbeitsmarktservice (AMS) teilnehmen, weil die Finanzierungsbasis fehlt. Das schwierige konjunkturelle Umfeld, kaum Erfahrung im Umgang mit Banken und das Fehlen von Sicherheiten erschweren es potentiellen Gründern, an Fremdkapital heranzukommen.

Ein Arbeitsloser kostet die Volkswirtschaft jährlich rund 20.000 bis 25.000 Euro. Diese Kosten entfallen, wenn dieser dank Mikrofinanzierung werktätig werden kann. Die Kosten des Mikrokredits, die in der Anfangsphase des Projekts noch etwa bei 3.500 Euro liegen, sind also volkswirtschaftlich in zwei Monaten amortisiert. Positiver Beschäftigungseffekt: 130 vergebene Mikrokredite schaffen 130 Arbeitsplätze. Nach fünf Jahren entstehen laut Studien pro Gründung durchschnittlich weitere 1,26 Vollzeitarbeitsplätze. In Summe liegt der arbeitsmarktpolitische Effekt nach fünf Jahren somit – auf der Basis von 130 gewährten Krediten – bei rund 300 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Der Präsident verabschiedet sich

Alois Hohegger tritt in den Ruhestand

Nach rund 35 Jahren im Dienste der Sparkassen tritt Alois Hohegger mit Jahresende 2011 in den wohlverdienten Ruhestand und scheidet somit auch aus dem Vorstand der Kärntner Sparkasse aus.

Seine Funktion als Präsident des Österreichischen Sparkassenverbandes, die er am 2. Juni 2006 übernommen hat, hat der gebürtige Kärntner bereits Mitte des Jahres an Christian Aichinger übergeben. Alois Hohegger startete seine Karriere 1976 beim Sparkassen-Prüfungsverband, wechselte 1981 als Prokurist in die Sparkasse in Wolfsberg, wo er zwei Jahre später Vorsitzender des Vorstandes wurde. 1990 wurde er stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Kärntner Sparkasse, wo er 1999 den Vorsitz übernahm.

Hohegger bekleidete zudem zahlreiche andere Positionen. So war er bis zuletzt unter anderem Vorstands-



mitglied der Privatstiftung Kärntner Sparkasse. Er bleibt Ehrenpräsident des Österreichischen Sparkassenverbandes, Aufsichtsrat der VIG, Spar-

kassenrat bei der Zweite Wiener Vereins-Sparcasse sowie der erste österreichische Sparkassenmanager, der zum Vizepräsidenten der Europäischen Sparkassenvereinigung gewählt wurde. Diese Funktion hat er bereits Mitte Dezember zurückgelegt.

Für Hohegger war die Gemeinwohlorientierung über all die Jahre ein zentrales Thema. So ist ihm die Umsetzung der landesweiten Zusammenarbeit mit Hospiz Österreich gelungen. Und kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten wurde eine Stiftungsplattform errichtet, die das gemeinsame Handeln der Sparkassenstiftungen ermöglicht. Die österreichische Sparkassengruppe verdankt ihm sehr viel an Engagement, strategischer Weitsichtigkeit und internationaler Reputation. (red.)

Gemeinwohlauftrag als wichtiger Anstifter

Verleihung des CIVITAS-Awards an Sparkassenstiftungen



Christian Aichinger, Präsident des Sparkassenverbandes, Wilhelm Kraetschmer von der Stiftungsplattform und Generalsekretär Michael Ikrath flankieren die Preisträger aus Mittersill, die Stiftungsvorstände Ilse Breitfuss, Gerhard Biller und Roman Oberlechner.

Die Privatstiftungen der Sparkassen Mittersill, Lienz und Kärnten holtensich in diesem Jahr den CIVITAS-Award. Im feierlichen Ambiente des Wiener Schützenhauses wurde die begehrte Trophäe bereits zum dritten Mal an die Sparkassenstiftungen übergeben.

Der CIVITAS, der besonders nachhaltige und originelle Projekte vor den Vorhang holen soll, sorgte auch heuer wieder für zahlreiche Einreichungen und ein spannendes Finale. Letztlich konnten sich bei der Jury drei Stiftungen, Mittersill, Lienz und Kärnten, gegen die starke Konkurrenz durchsetzen und sich die be-

gehrte Trophäe sichern. Bewertet wurden die einzelnen Projekte durch ein unabhängiges Expertengremium. Das Ziel des 2009 ins Leben gerufenen Awards ist es, die Werte und den Gründungsgedanken der Sparkassen hoch zu halten. Die Sparkassen sind seit ihrer Gründung im Jahr 1819 dem Gemeinwohl verpflichtet und stehen ebenso wie ihre Stiftungen für die Förderung, Unterstützung und Weiterentwicklung ihrer jeweiligen Region. Michael Ikrath, Generalsekretär des Sparkassenverbandes, macht die Besonderheit deutlich: „Die Projekte der Sparkassenstiftungen sind weit mehr als Sponso-

ring oder Imagepolitik. Die Erfüllung des Gemeinwohlauftrags ist der wichtigste Teil unserer Identität und Grundlage der Sparkassenidee.“

Die prämierten Projekte:

- Die Privatstiftung Sparkasse Mittersill holte sich mit der Aktion „KOMM – BLEIB“ zum zweiten Mal in Folge den Sieg. Mit dem Projekt soll der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte in die Ballungszentren entgegengewirkt sowie gleichzeitig bereits abgewanderten Fachkräften der Weg zurück in ihre Heimatregion ermöglicht und schmackhaft gemacht werden.
- Den zweiten Platz errang die Privatstiftung Lienz Sparkasse mit der Unterstützung des „SoLaLi – Sozialladen Lienz“: Brücke zwischen Not und Unterstützung. Träger des SoLaLi-Sozialladens ist der „Verein Lienz Sozialmarkt“, in dem neben der Caritas, der Stadt Lienz und der Tiroler Arbeiterkammer auch die Stiftung der Lienz Sparkasse als Gründungsmitglied engagiert ist.
- Ebenfalls ein Platz auf dem Stockerl ging an die Privatstiftung Kärntner Sparkasse für das Projekt „Naturwissenschaftlicher Lerngarten“. Die Pädagogische Hochschule Klagenfurt startete eine österreichweit einzigartige Initiative zur Aus- und Weiterbildung von Lehrern aller Schultypen im Bereich der Naturwissenschaften.

Aus den Sparkassenstiftungen

Schulbücherei eröffnet

Die Volksschule Judenburg-Stadt freut sich über die Eröffnung einer neuen Schulbücherei. Die Zellstoff Pöls AG unterstützte bei der Anschaffung der Bücher, Hauptsponsor war die Sparkasse der Stadt Knittelfeld Privatstiftung. Direktorin Silvia Celin: „Wir alle hoffen, mit dieser Bücherei einen sichtbaren Schritt in Richtung Leseförderung gesetzt zu haben, und sehen in einer schuleigenen Bibliothek ein großes Potential, um die Lesefreude der Kinder wesentlich zu erhöhen.“

Hilfe für die Bergretter

Die Privatstiftung der Tiroler Sparkasse unterstützte die Bergrettung, Ortsstelle Hall in Tirol, bei der Anschaffung eines Fahrzeugs, das mit Allradantrieb zu verunglückten Personen vordringen kann und mit dem verletzte Personen in liegender Position transportiert werden können. Zu den Aufgaben der Bergrettung Hall, deren Einsatzgebiet äußerst weitläufig ist, gehört neben Versorgung, Bergung und Abtransport in Not geratener Personen und Tiere auch der Pistenrettungsdienst und die Liftevakuumierung am Glungezer, die Stollenrettung im ehemaligen Salzbergwerk im Halltal sowie die Abwicklung von As-



Die Bergretter Christian Mauracher, Heinz Buemberger, Christian Unterberger und Albin Weber vor dem neuen Auto; im Hintergrund Eva Posch und Monika Ebenbichler von der Stiftung



Diethard Theuermann (Prokurist Kärntner Sparkasse), Dr. Eberhard Gerngroß (Direktor Josefinum), Irmgard Gerngroß-Fleissner (Sozialpädagogin) und Marianne Millonig (Kärntner Sparkasse)



Wolfgang Peterl und Ingeborg Wingelhofer, Vorstände der Sparkasse Korneuburg Privatstiftung; dazwischen Sparefroh Alexandra Winisch, Paul Horniack

sistenzeneinsätzen bei Sportveranstaltungen. Stiftungsvorstand Dr. Eva Posch: „Alleine im laufenden Jahr wurden Kräfte der Ortsstelle Hall zu 50 Einsätzen gerufen, 45 Menschen wurden betreut bzw. transportiert. Wir freuen uns, den Bergrettungsdienst unterstützen zu können.“

Adventbasar des Josefinums

Der Adventbasar des Josefinums Klagenfurt hat schon Tradition – ebenso die Unterstützung durch die Privatstiftung der Kärntner Sparkasse. Von Keksen über Kräutertees, von Marmeladen bis hin zu Tonsachen: die Kindergruppen des Josefinums haben in den letzten Wochen fleißig gebastelt. Der Erlös kommt den Kindern des Josefinums zugute – Spielmaterial und Ausflüge werden finanziert.

Korneuburger Eistraum

Zur großen Freude aller Wintersportbegeisterten, vor allem aber der Korneuburger Kinder wurde vor kurzem der Eislaufplatz beim Rattenfängerstadion eröffnet. Der Sparkassen Eistraum steht allen Eislaufbegeisterten als auch wie auch eifrigen Eisstockschießen zur Verfügung. Mit 20.000 € Unterstützung tritt die Sparkasse Korneuburg Privatstiftung auch heuer wieder als Hauptsponsor auf.

AUSBLICK



Christine Domforth

Schuldenbremse „light“

Neuer Anlauf im Jänner

Die Töchter haben es geschafft: Neben den Söhnen werden auch sie künftig in der Bundeshymne politisch korrekt besungen. Neben den Abgeordneten von SPÖ und ÖVP stimmten im Nationalrat auch die Grünen dafür. Nicht erwärmen konnte sich vorerst die Truppe rund um Eva Glawischnig hingegen für die Schuldenbremse, ebenso wie FPÖ und BZÖ verweigerte sie diesem Vorhaben der Regierung ihre Zustimmung. Deshalb gibt es künftig eine Schuldenbremse „light“. Weil sie nicht mit Zweidrittelmehrheit in der Verfassung verankert, sondern nur als einfaches Gesetz beschlossen wurde, ist Österreichs Schuldenbremse derzeit eine unverbindliche Absichtserklärung.

Glawischnig wollte der Schuldenbremse nur im Abtausch mit einer Reichensteuer zustimmen. Die Besteuerung der „G’stopften“ ist den Grünen offenbar wichtiger als die Verantwortung für Österreichs Bonität und internationale Reputation. Warum die – grundsätzlich ja proeuropäischen – Grünen beim Thema Schuldenbremse vorweg gemeinsame Sache mit BZÖ und FPÖ machten, verstehe, wer will. Dass Blau und Orange dem Vorhaben ihre Zustimmung verweigerten, ist überhaupt eine Farce, fordern sie von der Regierung doch seit langem vehement eine Abkehr vom Schuldenmachen. Jetzt, wo die Regierung damit endlich Ernst machen will, kommt das Njet.

Falsches Signal

Das verwundert vor allem beim BZÖ. Josef Bucher, Chef dieser Minipartei, die nach der nächsten Nationalratswahl in der Bedeutungslosigkeit versinken könnte, hätte beim Thema Schuldenbremse die Chance gehabt, sich politisch zu profilieren und staatsmännisch zu agieren. Doch die Parteitaktik hat gesiegt. Oder waren einige Scharfmacher innerhalb des BZÖ? Die FPÖ hat einfach den Ernst der Lage nicht begriffen, will sie doch den Bürger weismachen, Österreich könnte einfach aus der EU austreten, und damit wären alle Probleme gelöst.

Österreich sendet mit seiner Schuldenbremse „light“, die keine Zähne hat und deren Nichteinhaltung nicht mit Sanktionen bedroht ist, an die internationalen Kapitalmärkte und die Ratingagenturen ein denkbar negatives Signal aus. Die Entwicklung der letzten Wochen hat mehr als deutlich gezeigt, dass auch Österreichs Bonität nicht mehr als untadelig angesehen wird. In dieser Situation zu dokumentieren, dass es keine breite politische Basis für eine ernsthafte Abkehr vom Schuldenmachen gibt, ist fatal. Immerhin nimmt Österreich jedes Jahr einen zweistelligen Milliardenbetrag auf dem internationalen Kapitalmarkt auf und muss im nächsten Jahr allein 8 Mrd. Euro Zinsen für seine Staatsschulden zahlen. Da sollte man den Gläubigern nicht zeigen, dass man es mit der Budgetkonsolidierung nicht ganz so ernst nimmt.

Ernst der Lage

Natürlich hätte die Regierung auch ohne gesetzlich fixierte Schuldenbremse schon längst mit einem sinnvollen Reform- und Sparkurs beginnen können. Hunderte Vorschläge dazu liegen seit Jahren auf dem Tisch, allein der Rechnungshof hat 599 Punkte aufgelistet, die Milliarden an Einsparungen brächten. Und die Bevölkerung – das zeigen Umfragen deutlich – weiß längst, dass gespart werden muss.

Doch die Regierung hat erst in den letzten Wochen und wegen des massiven Drucks der Finanzmärkte den Ernst der Lage erkannt. Laut den Beschlüssen des EU-Gipfels muss Österreich seine Schuldenbremse im kommenden Jahr doch noch in der Verfassung festschreiben. Faymann und Spindelegger werden also noch einmal mit der Opposition verhandeln müssen. Dann wird sich zeigen, ob FPÖ, Grüne und BZÖ weiterhin auf bloße Parteitaktik setzen oder ob sich doch noch eine der drei Parteien bewusst wird, dass sie in dieser heiklen Frage auch staatspolitische Verantwortung hat.

Nachhaltige Veranlagung wächst kräftig

Interessante Ergebnisse eines Marktberichts zum Anlegerverhalten

Nachhaltige Geldanlagen gewinnen in Österreich zunehmend an Bedeutung. Zu diesem Ergebnis kommt der „Marktbericht Nachhaltige Geldanlagen“, den das Forum Nachhaltige Geldanlagen (FNG) vorkurzem in Berlin der Öffentlichkeit präsentiert hat.

Im Jahr 2010 lag demnach das nachhaltige Anlagevolumen aus Publikumsfonds, Mandaten und sonstigen Finanzprodukten bei 2,43 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem ebenfalls kräftige Wachstumsschübe zu verzeichnen waren, entspricht das einem Plus von 17 Prozent. Werden außerdem Kundeneinlagen aus dem Bereich der Spezialbanken mit Nachhaltigkeitsfokus hinzugezählt, beläuft sich das Volumen des nachhaltigen Anlagemarktes im Jahr 2010 auf insgesamt 2,97 Mrd. Euro. Der stellvertretende FNG-Vorstandsvorsitzende Wolfgang Pinner von der ERSTE-SPAR-INVEST zeigte sich angesichts der neuen Marktzahlen zufrieden: „Bereits das zweite Jahr in Folge konnte der österreichische nachhaltige Anlagemarkt deutliche Zuwächse und damit jeweils historische Höchststände verzeichnen.“



Aufwärtstrend wird sich fortsetzen

Der Anteil der nachhaltigen Investments am österreichischen Gesamtmarkt ist 2010 auf 1,7 Prozent angestiegen, 2009 lag er noch bei 1,5 Prozent. Dieser Aufwärtstrend wird sich den Prognosen der befragten Finanzdienstleister zufolge auch weiter fortsetzen.

Mit Blick auf die Volumenentwicklung nachhaltiger Investments in den kommenden drei Jahren rechnen sie mit einem weiteren Plus von 50 Prozent. Als bedeutenden Schlüsselfaktor hierfür haben sie die institutionellen Investoren ausgemacht, dicht gefolgt von den privaten Investoren. Tatsächlich prägen die institutionellen

Forum Nachhaltige Geldanlagen

Das Forum Nachhaltige Geldanlagen (FNG), der Fachverband für Nachhaltige Geldanlagen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, repräsentiert mehr als 160 Mitglieder aus dem deutschsprachigen Raum, die sich für mehr Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft einsetzen. Dazu zählen Banken, Kapitalanlagegesellschaften, Ratingagenturen, Finanzberater und wissenschaftliche Einrichtungen.

Vorliebe für negative Anlagekriterien

Die Vorliebe der auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Finanzdienstleister in Österreich für negative Anlagekriterien, mit denen beispielsweise Investments in Bereiche wie Rüstung oder Gentechnik ausgeschlossen werden, hat sich 2010 erneut bestätigt. Bei fast 95 Prozent der nachhaltigen Investments findet dieser Ansatz Anwendung. Von großer Bedeutung ist darüber hinaus die nachhaltige Anlagestrategie Best-in-Class.

Das FNG legt mit dem diesjährigen „Marktbericht Nachhaltige Geldanlagen 2011 – Deutschland, Österreich und die Schweiz“ bereits zum fünften Mal umfassendes Datenmaterial zum nachhaltigen Anlagemarkt im deutschsprachigen Raum vor. Die Daten für diese Studie hat das FNG evaluiert – im Fall der Schweiz zusammen mit einem externen Partner. Im Zusammenhang mit dem Marktbericht konnte das FNG auf die Unterstützung von Skandia, der Swisscanto Asset Management AG und Union Investment zählen, die sich der nachhaltigen Geldanlage besonders verbunden fühlen. (red.)

Europäische Erneuerung en gros und en detail

EU-Kommission präsentierte ihr Arbeitsprogramm für 2012

Roland L. Tassler,
Sparkassenverband, Brüssel

Neben all den Umbrüchen innerhalb des europäischen Institutionengefüges, die derzeit im Gange sind, läuft die Beamtenmaschinerie in Brüssel unerschütterlich weiter. Dies hat auch etwas Beruhigendes an sich. Wir stehen an der Schwelle zu einer „EU 2.0“, einer neuen Generation der Zusammenarbeit. Eine Fiskalunion ist nicht mehr undenkbar, die Schuldenunion gibt es de facto schon, Eurobonds und Vertragsänderungen verlieren ihren Schrecken, und nicht zuletzt schlagen bedeutende Mitgliedsländer wie Deutschland, die man immer als letzte Verfechter des Subsidiaritätsprinzips, als Don Quijotes der EU bezeichnen konnte, neue Gemeinschaftsorgane vor. Organe, die Durchgriff in die nationale Haushaltsgebarung bekommen sollen und Mitgliedsstaaten unter Kuratel stellen können. Dies alles muss verhandelt, in Verträge gegossen und umgesetzt werden. Kurz, Vollbeschäftigung in den Brüsseler Beamtenbüros ist garantiert. Große, zukunftsfrächtige Themen stehen also auf der Tagesordnung. Nichtsdesto-



Kommissionspräsident José Manuel Barroso nennt die Vollendung der Finanzmarktreform einen der wichtigsten Schwerpunkte für das kommende Jahr.

weniger wird das Klein-Klein der routinemäßigen Alltagsverpflichtungen nicht übersehen.

Wachstum und Arbeitsplätze

Für Kommissionspräsident José Manuel Barroso war es eine Pflichtveranstaltung, als er Mitte November im Europäischen Parlament sein Arbeitsprogramm für 2012 vorstellte. Dieses Arbeitsprogramm untermauert mit konkreten Maßnahmen die von Barroso im Rahmen seiner alljährlichen Rede zur Lage der Union genannten Prioritäten. Er nennt das Programm „Europäische Erneuerung“. Es beinhaltet auch Hinweise auf geplante Arbeiten der Folgejahre. Im Programm wird dargelegt, wie die Kommission im

Jahr 2012 die ehrgeizigen Vorschläge zur Reaktion auf die Wirtschaftskrise durch weitere Maßnahmen ergänzen will. Für Barroso zählt neben der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen die Vollendung der Finanzmarktreform zu den wichtigsten Schwerpunkten der nächsten zwölf Monate. Zu Letzterem wurde der Großteil der Initiativen bereits verabschiedet oder als Vorschlag unterbrei-

tet. Dazu zählen Legislativvorschläge über Derivate, Ratingagenturen, Eigenkapitalanforderungen, transparentere Wertpapiermärkte und zur Bekämpfung von Marktmissbrauch. Frühestens gegen Jahresende soll der Rahmen für Krisenmanagement und Krisenbewältigung für Finanzinstitute vorgelegt werden.

Priorität Zahlungsverkehr

Im Jahr 2012 will die Kommission eine Bewertung der kumulativen Auswirkungen der Reformen veröffentlichen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Erhöhung des Anlegerschutzes. Eine Überarbeitung der Vorschriften für Organismen für gemeinsame Anlagen (OGAW) und eine Initiative zu vorvertraglichen Angaben über komplexe Investmentprodukte (PRIPs) sollen vorgelegt werden. Eine Änderung der dritten Geldwäscherichtlinie soll nach der Überarbeitung der internationalen Normen ebenfalls entsprechend durchgeführt werden. Im Jahr 2012 werden auch die Arbeiten bezüglich eines Rechtsrahmens für Verbraucher-Sammelklagen weitergeführt. Der Ausblick ins Jahr 2013 zeigt, dass den Zahlungsverkehr betreffenden Regelungen Priorität genießen. Es kommt neben anderen zahlungsverkehrsrelevanten Initiativen zur Überarbeitung der Zahlungsdiensterichtlinie. 2013 bringt auch ein Wiedersehen mit einer „guten“ alten Bekannten, die über sechs Jahre die Brüsseler Szenerie dominiert hat; die Verbraucherkreditrichtlinie wird überarbeitet. Fazit: Auch für die Interessensvertretung gibt es volle Beschäftigung!



Sparkassen-Fusion im Waldviertel

Waldviertler Sparkasse Bank AG entsteht

Die Eigentümer, Aufsichtsräte und Vorstände der Sparkasse Waldviertel-Mitte Bank AG und Waldviertler Sparkasse von 1842 AG streben eine Fusion der beiden Institute an. Diese Fusion findet auf Augenhöhe statt, da zwei annähernd gleich große, wirtschaftlich gesunde und stabile Sparkassen zusammenfinden. Absicht ist es, die jeweiligen Stärken der Häuser zu vereinen und so den langfristigen Erfolg und die Unabhängigkeit sicherzustellen. Unter dem neuen Namen Waldviertler Sparkasse Bank AG soll „die Regionalbank“ im Waldviertel, die zweitgrößte Sparkasse und das drittgrößte Bankinstitut Niederösterreichs entstehen.

Geplant ist, dass der Aufsichtsratsvorsitz durch Gerhard Adamowitsch (Waidhofen/Thaya) besetzt wird. Der Vorstand soll von Franz Pruckner, Gerhard Hufnagl und Ewald Höbarth gebildet werden. Der rechtliche Sitz wird Zwettl sein, die zentralen Abteilungen bleiben an beiden Standorten bestehen. Die Sparkasse wird eine Bilanzsumme von 1,8 Mrd. Euro ausweisen. Die Eigenmittel liegen bei 144 Mio. Euro. Das Institut wird 420 Mitarbeiter in 36 Filialen (davon sechs in Tschechien) beschäftigen.

Bis Ende März 2012 erfolgt eine Prüfung der Banken durch interne und externe Projektteams. Anhand dieser Erkenntnisse werden in den jeweiligen Organen und Gremien der Sparkassen die definitiven Entscheidungen zur Fusion getroffen. Bei positiver Entscheidung nimmt die neue Waldviertler Sparkasse Bank AG mit 1. September 2012 ihre Geschäftstätigkeit auf. (red.)

Ungarn muss wieder zum IWF gehen

Die Konjunkturpolitik ohne Strukturreformen ist gescheitert – Kritische Analyse der Lage

Sándor Richter *

Vor kurzem hat die ungarische Regierung angekündigt, eine „neue Form der Zusammenarbeit“ mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) anzustreben, also ein Abkommen über einen neuen finanziellen Schutzschirm. Was hat zu dieser 180-Grad-Wende in der ungarischen Politik geführt? Immerhin ist die Politik der Regierung Orbán von Anfang an auf Konfrontation mit dem IWF gegangen.

Ungarn hat sich seit Mitte 2001 vom „Vorzeigeland“ der Transformation zu einem „Problemland“ gewandelt. In einem außerordentlichen politischen Wettbewerb haben sich die beiden großen politischen Lager mit Versprechungen und Wahlgeschenken hochlitiert und damit hohe öffentliche Defizite und hohe Schulden verursacht und dringende strukturelle Reformen vernachlässigt. Damit war Ungarn mit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise eines der anfälligsten Länder in Zentral- und Osteuropa. Starke Schwankungen des Forint waren dann der Auslöser für den Einbruch des Markts für ungarische Staatsanleihen Mitte Oktober 2008. Die Prämien der Kreditausfallsversicherungen für ungarische Staatsanleihen stiegen rasant. Da Ungarn zur Refinanzierung seiner hohen Staatsschulden auf neue Anleihen auf den Kapitalmärkten angewiesen war, drohte Zahlungsunfähigkeit. Nur mit Hilfe eines „Pakets“ über 20 Mrd. Euro – davon 12,5 Mrd. Euro Bereitschaftskredit des IWF, 6,5 Mrd. Euro von der EU und 1 Mrd. Euro von der Weltbank – konnte der Staatsbankrott abgewendet werden.

Daher musste die Übergangsregierung unter Gordon Bajnai im Frühjahr 2009 weitere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung einleiten. Es gelang, die Neuverschuldung 2009 auf nur 4,5 Prozent zu reduzieren (was damals so niedrig war wie nur in wenigen anderen EU-Staaten). Dies bedeutete zwar schmerzhaft Einsparungen und verschlechterte die Konjunkturentwicklung, dennoch stellte sich bald ein gewisser Erfolg der Bemühungen ein. Schon in der zweiten Jahreshälfte 2009 konnte sich die Regierung wieder auf den internationalen Kapitalmärkten refinanzieren.

Neue Wirtschaftspolitik der Orbán-Regierung

Die schmerzhaften Anpassungen der Konsolidierung, sowie der Glaubwürdigkeitsverlust der Sozialistischen Partei führten zu einem Erdrutschsieg der recht konservativen Partei Fidesz bei den Wahlen 2010. Der neue Ministerpräsident Viktor Orbán verkündete ein ehrgeiziges – und völlig entgegengesetztes – wirtschaftspolitisches Programm: Das Wachstum sollte durch radikale Steuersenkungen angekurbelt werden, in zehn Jahren sollten eine Million neuer Arbeitsplätze geschaffen und die Löhne erhöht werden. Der erhoffte Aufschwung – die Regierung ging von



Ein neuerliches Abkommen mit dem IWF und der EU muss aller Voraussicht nach wesentliche Änderungen in der Wirtschaftspolitik mit sich bringen.

einem jährlichen Wachstum von 5 bis 7 Prozent aus – sollte mehr Steuereinnahmen bringen und damit weitere Expansionsmaßnahmen finanzieren. Dringend notwendige Strukturreformen wie jene der ineffizienten Sozialsysteme wurden nicht angegangen.

Die Orbán-Regierung konnte ihr Konjunkturprogramm nicht starten, ohne die Neuverschuldung – vorübergehend, wie sie hoffte – stark zu erhöhen. So begann die Regierung gleich nach Amtsantritt im Mai 2010 für eine Revision der mit IWF und EU vereinbarten Defizitziele zu werben, hatte damit aber keinen Erfolg. Es gab daher nur zwei Möglichkeiten für die Regierung: Sie konnte entweder das zentrale Element ihres Programms, die radikale Steuersenkung, falllassen und die von den Regierungen Gyurcsány und Bajnai eingeleitete Konsolidierung der Staatsfinanzen fortsetzen; oder sie konnte die Steuersenkungen durchsetzen und versuchen, neue Zuflüsse für den Staatshaushalt aufzutun.

Die Regierung entschied sich für die zweite Möglichkeit. Die radikale Steuersenkung trat Anfang 2011 in Kraft: Der Einkommenssteuersatz wurde vereinheitlicht und auf 16 Prozent gesenkt; die Körperschaftsteuer für kleine und mittlere Unternehmen wurde reduziert. Im Gegenzug wurden neue Finanzquellen geschaffen: eine befristete Abgabe

der Banken, eine temporäre Sondersteuer für die – überwiegend in ausländischem Besitz befindlichen – Großbetriebe des Energie- und Telekommunikationssektors sowie des Einzelhandels; die Verstaatlichung des Rentenfonds der privaten Pflichtversicherung mit einem Guthaben von rund 11 Mrd. Euro. Etwa ein Fünftel der letzteren einmaligen Einnahmen floss in die Finanzierung der laufenden Staatsausgaben des Jahres 2011, der Rest sollte dem Abbau öffentlicher Schulden dienen. Diese Maßnahmen haben nicht

nur das Investitionsklima deutlich verschlechtert, sie sind vor allem auch keine nachhaltige Lösung der Probleme, da sie befristet sind: die Sondersteuern sollen 2013 auslaufen, und die Einnahmen aus den verstaatlichten Rentenfonds sind nur einmalig. Die Steuersenkungen, die Einnahmen mindern, bleiben jedoch bestehen, sodass mittelfristig große Haushaltslöcher drohen.

Plötzlicher Wechsel der Budgetpolitik

Im Mai 2011, knapp ein Jahr nach ihrem Amtsantritt, ließ die Regierung ihr Credo „Erst Wirtschaftswachstum, dann ausgeglichener Haushalt“ fallen und sagte der öffentlichen Verschuldung den Kampf an. Der sogenannte Széll-Kálmán-Plan kündigte weitreichende Schritte in verschiedenen Teilbereichen des Rentensystems, bei den Sozialleistungen, im Bildungswesen sowie in der Kulturpolitik an. In der zweiten Jahreshälfte 2011 kürzte die Regierung die Arbeitslosenunterstützung und verordnete Zwangsreaktivierung von Armee-, Polizei- und Feuerwehrpersonal aus der Frühpension. Darüber hinaus soll die Zahl der Universitäten vermindert werden. In Summe ist damit (vor allem durch die Verstaatlichung der Rentenfonds) ein bescheidener Haushaltsüberschuss von 0,5 bis 1 Prozent des BIP zu erwarten. Was jedoch danach kommt, ist unklar.

Ende der Träumerei: Die Rückkehr zum IWF

In der ersten Hälfte des Jahres 2011 lag das Wirtschaftswachstum bedeutend niedriger, als die Regierung erhofft hatte. Statt eines klaren Aufschwungs ist für 2011 und 2012 allenfalls mit einem minimalen Wachstum zu rechnen. Die Erwartung, dass sich mit Steuersenkungen die Binnen nachfrage ankurbeln lässt, hat sich als unrealistisch erwiesen. Es besteht daher weiterhin dringender Konsolidierungsbedarf, vor allem sind Einsparungen im Gesundheitswesen, im Rentensystem, bei den Hochschulen sowie in den Kommunen unumgänglich. Solche Entscheidungen fallen keiner Regierung in keinem Land der Welt leicht. Doch in Ungarn kommt dazu das politische Problem, dass Fi-

desz sich vor den Wahlen in erster Linie mit dem Versprechen präsentiert hat, es müsse nicht gespart werden, Reformen seien auch nicht nötig, das Wirtschaftswachstum löse alle Probleme von selbst.

Mit den Turbulenzen in der Eurozone haben sich wichtige Indikatoren der Finanzierbarkeit der ungarischen Auslandsverschuldung verschlechtert: Der niedrige Forint, hohe CDS-Aufschläge und nicht zuletzt die Schwierigkeiten, neue Staatsanleihen zu platzieren, haben schließlich dazu geführt, dass sich die ungarische Regierung erneut an den IWF wenden musste. Damit sollte offenbar auch drohende Herabstufung durch die Ratingagentur Standard & Poor's vermieden werden.

Ein neuerliches Abkommen mit dem IWF und der EU muss aller Voraussicht nach wesentliche Änderungen in der Wirtschaftspolitik mit sich bringen.

gen. Weil die sektoralen Sondersteuern im Jahr 2013 auslaufen werden, bleibt für die Regierung nichts anderes übrig, als einen glaubwürdigen mittelfristigen Konsolidierungsplan auf den Tisch zu legen. Weiteres Verschieben von längst fälligen Reformen scheint nicht mehr möglich. Wenn Ungarn aus der Sackgasse herausfinden will, in die es vor zehn Jahren geraten ist, müssen die Bürger des Landes sich endlich vom Populismus verabschieden. Nur wenn die politischen Elite schonungslos Rechenschaft über die tatsächliche wirtschaftliche Lage Ungarns ablegt, wird das Land die Chance auf einen Neubeginn haben und wieder zu den prosperierenden ostmitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechien und Slowakei aufschließen können.

*) Sándor Richter arbeitet am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche.

EU NEWS

Neuer DSGVO-Präsident

Georg Fahrenschon wird neuer Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV). Die Mitgliederversammlung des DSGVO wählte den 43-Jährigen zum Nachfolger des amtierenden Präsidenten Heinrich Haasis, der für dieses Amt aus Altersgründen nicht wieder kandidiert hatte.

Der aus München stammende Diplomökonom war von 2008 bis Anfang November 2011 bayerischer Staatsminister der Finanzen und in dieser Funktion auch Vorsitzender des Verwaltungsrates der BayernLB. Von 2002 bis 2007 gehörte er dem Deutschen Bundestag an und hatte sich dort bereits als Mitglied des Finanzausschusses intensiv mit Fragen der Finanzmarktregulierung befasst, bevor er 2007 als Staatssekretär in das Bayerische Staatsministerium der Finanzen wechselte. Seit 1990 hatte Fahrenschon zudem zahlreiche kommunalpolitische Funktionen inne. Dem Bayerischen Landtag gehört Fahrenschon seit 2011 an. Der neue DSGVO-Präsident wird sein Amt voraussichtlich im Mai 2012 antreten.



Georg Fahrenschon

Zeitdruck bei Einlagensicherung

Bis Ende des Jahres soll eine Einigung zwischen Parlament und Rat erzielt werden, damit das Dossier zur Einlagensicherung nicht in die zweite Lesung gehen muss. Zentrale Themen, zu denen eine Einigung noch gesucht wird, sind die Zielausstattung, die Auszahlungszeit und der Anwendungsbereich. Bei letzterem Thema geht es um die Frage, ob freiwillige Einlagensicherungssysteme (wie die Einlagensicherung im Rahmen des Haftungsverbands der Sparkassen) in den gesetzlichen Anwendungsbereich fallen oder nicht. Das Parlament ist für eine Ausnahme, der Rat prinzipiell auch. Der vorliegende Kompromisstext der polnischen Präsidentschaft enthält noch Widersprüche. Das Parlament hat daher um einen Formulierungsvorschlag gebeten, der eindeutig zum Ausdruck bringt, dass freiwillige Systeme von der Richtlinie ausgenommen sind.



Zentrale Themen, zu denen eine Einigung noch gesucht wird, sind die Zielausstattung, die Auszahlungszeit und der Anwendungsbereich.

Kommission lehnt Selbstregulierung ab

Das European Banking Industry Committee (EBIC) hat seine seit Anfang des Jahres entwickelten europäischen Prinzipien zur Verbesserung der Transparenz und der Vergleichbarkeit von Bankgebühren der Kommission vorgelegt. Diese Prinzipien hätten einen bedeutenden Zugewinn an Detailinformationen für den Verbraucher und Kunden bedeutet. Die Kommission verlangt aber eine weiterreichende Standardisierung und schnellere Umsetzungsfristen. Da EBIC bereits das Maximum angeboten hat, ist in den nächsten Monaten mit einem Regulierungsvorschlag der Kommission zu rechnen.



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Der 9. Jänner kommt bestimmt!

Es ist bald vollbracht: Der Weihnachtstrubel geht seinem Ende zu. Das karitative Leistungstrinken an den Punschständen der Innenstädte erreicht noch seinen Höhepunkt, doch dann kommt die besinnliche Phase des Jahresausklangs. Vor allem zwischen den Feiertagen, denn da wird zwangsweise viel Zeit zur inneren Einkehr bleiben. Wohl auch deshalb, weil man außer Hotellerie und Gastronomie, Einzelhandel sowie den mobilen Verkaufsständen für Neujahrsschweinchen und sonstige Silvester-Devotionalien nicht viel an Dienstleistungsbereitschaft vorfinden dürfte. Die Kleiderreiniger, die Installateure und natürlich auch die Fachärzte lassen uns per Aushang schon jetzt wissen, dass sie teilweise erst am 9. Jänner des kommenden Jahres ihre segensreiche Tätigkeit wieder aufzunehmen gedenken. Man wünsche ein frohes Fest und einen guten Rutsch ...

So schlimm kann es also um die einzelwirtschaftliche Konjunktur hierzulande nicht bestellt sein. Je öfter man diese Ankündigung der Betriebssperren, Ordinationssperren oder Ladensperren sieht, desto wehmütiger denkt man an die vielen Leitartikler, Politiker und Feuilletonisten, die uns Jahr für Jahr einreden, dass wir uns in einer Dienstleistungsgesellschaft befinden. Mag schon sein, doch diese vermeintliche Gesellschaft forciert Dienstleistungen verabschiedet sich in eine rund zweiwöchige Auszeit. Mit einer Intensität und Konsequenz, die in anderen europäischen Ländern ihresgleichen sucht. Die ärztliche Versorgung wird weitgehend auf die mobilen Notärzte, die Spitäler und deren Ambulanzen überwältigt. Wer Zahnschmerzen bekommt, der muss dann stundenlang in der Praxis eines Journdienst-Zahnarztes schmoren. Auch dort kann er über das beste Gesundheitssystem Europas und über die Dienstleistungsgesellschaft nachdenken. Gewiss doch, den Tourismus freut diese kollektive Verabschiedung aus dem Alltag einer arbeitsteilig organisierten Gesellschaft.

Doch bis dahin heißt es volle Pulle: Eingedenk dieser alle Jahre wiederkehrenden Zusperr-Euphorie zum Jahreswechsel werden jetzt noch schnell dringende Sitzungen, gar nicht so dringende Events und hektische Projektgruppen-Meetings veranstaltet. So wird ein Termindruck erzeugt, der den Eindruck vermittelt, die Welt stünde ab dem 2. Jänner endgültig still, was nicht vor Weihnachten besprochen oder beschlossen würde, fände einfach nie mehr statt ...

Gemach, gemacht: Der 9. Jänner kommt bestimmt. Ebenso wie die regelmäßige Feststellung, dass wir uns inmitten einer Dienstleistungsgesellschaft befänden!

- üh -

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Her mit den Millionen, her mit der Marie, her mit dem Zaster!“

Die neu gewählte ÖAAB-Bundesobfrau Johanna Mikl-Leitner beim ÖAAB-Bundestag in Linz

„Schön langsam glaube ich, ich bin die Einzige in dieser Republik, die über Reformen nachdenkt.“

Finanzministerin Maria Fekter

„Vielen Österreichern ist nicht bewusst, auf welchem hohem Niveau sie verunsichert sind.“

VIG-Vorstandsvorsitzender Günter Geyer in einem Interview für das Buch „Eine Erfolgsgeschichte im Herzen Europas“

„Laut Umfrage einer amerikanischen Dating-Website muss Frau im Schnitt 22 Frösche küssen, ehe ein Prinz darunter ist.“

Aus dem Freizeit-Kurier

„95 Prozent der Computerprobleme liegen zwischen Tastatur und Stuhl.“

Poster im Empfangsbereich eines EDV-Zentrums

„Die 20 Jahre alte Fichte, die zwischen 70 und 80 Jahre alt ist, kommt heuer aus Amras.“

Aus der Tirol-Ausgabe der „Kronen Zeitung“ über den Christbaum in der Innsbrucker Altstadt

„Das Problem von Österreich ist, dass wir jedes Jahr zu viel ausgeben, und darum darf man doch jetzt nicht mit den Peanuts beginnen.“

VP-Chef und Vizekanzler Michael Spindelegger

„Her mit dem Zaster, her mit der Marie!“

Prof. Werner Zugriff im Interview

Achterbahn-Lesern ist er kein Unbekannter mehr: Prof. Werner Zugriff, emeritierter Vorstand des Instituts für „Abgabenmaximierung und Substanzschmelze“, ist nunmehr Chef der ARGE STEUERN. Dabei handelt es sich um einen Braintrust, der im Auftrag der Politik innovative Ideen zur Budgetsanierung entwickeln soll. Er zeichnet auch für die einnahmenseitigen Projekte zur Budgetsanierung verantwortlich und hat dazu die Arbeitsgruppe GREIF gegründet.

Achterbahn: Die EU hat sich geeinigt, die Verschuldung der Länder muss sinken, die Staatshaushalte müssen radikal saniert werden. In Österreich will man das überwiegend ausgabenseitig angehen und die Kostentreiber im Budget bekämpfen. Verwaltungsreform, Ende der Hackler-Regelung, mehr Effizienz im Gesundheitssystem, Bundesstaatsreform, Österreichische Bundesbahnen und ...
Zugriff: ... eine Zwischenfrage: Wie lange leben Sie schon in diesem Land?

Wie bitte?

Mein Gott, was Sie aufzählen, ist zwar politisch auf der Tagesordnung, aber das kann dauern. Österreich braucht rasche Maßnahmen, um mit der Senkung der Netto-Neuerschuldung gleich beginnen zu können. Die Märkte wollen ja bekanntlich prompte Signale. Also Steuererhöhungen und neue Steuern.

Aber das soll doch erst in Erwägung gezogen werden, wenn alle Einsparungsmaßnahmen ausgeschöpft sind. So viel Naivität müsste man von Amts wegen verbieten. Schauen Sie: Die Debatte der vergangenen Wochen trägt doch schon ganz eindeutig unsere Handschrift. Nur der hingebungsvollen Arbeit unseres Instituts ist es zu danken, dass wir jetzt durch die Bank Steuererhöhungen öffentlich diskutieren.

Was kommt denn konkret aus Ihrer Arbeitsgruppe GREIF?

Es sind nicht nur wir, die da das gesamte Innovationspotential ausschöpfen. Da kam etwa von einem sehr bekannten Ordinarius der Nationalökonomie der Vorschlag, die KESt, also die Kapitalertragssteuer, auf 35 Prozent zu erhöhen. Das geht schon in die richtige Richtung.

Erratum

Bei dem Artikel „Mehr Zulauf beim Weltspartag 2011“ in der November-Ausgabe der Österreichischen Sparkassenzeitung hat sich leider ein Fehler eingeschlichen. Der Architekt Markus Spiegelfeld war nicht – wie fälschlich berichtet – allein für die Umsetzung der neuen Erste-Filiale am Graben zuständig. Die s OM (Division Projektmanagement Architektur) unter der Leitung von Wolf Lindner zeichnete nämlich nicht nur für Machbarkeitsstudie, Planung und Entwicklung des Gesamtprojekts verantwortlich, sondern auch für Innenraumgestaltung, Bauphasenlogistik, Umsetzung und örtliche Bauaufsicht. Wir möchten uns für den Fehler entschuldigen.



„Sie sehen, uns fällt immer etwas ein, wenn es um mehr Steuern geht!“

Aber den Sparern und Anlegern bleibt doch jetzt schon – also Folge des niedrigen Zinsniveaus und der relativ hohen Inflation – keine Realverzinsung. Eben, die Zinsen sind derzeit kein Thema. Da macht hat es doch auch nichts mehr aus, wenn man die Zinsbesteuerung um zehn Prozentpunkte erhöht. Wirklich Epochales kommt allerdings nur von unseren Experten: Die Aufhebung der Befristung für Spekulationsgewinne auf Immobilienverkäufe etwa. Wir sind dafür, dass 25 Prozent der Preisdifferenz zwischen Kauf und Verkauf sofort an den Fiskus gehen.

Aber wenn man zwischenzeitlich investiert hat?

Ja, dann kann man einen kleinen Freibetrag berücksichtigen. Wer ein Haus, eine Wohnung oder ein Grundstück geerbt hat und seinen Hauptwohnsitz woanders hat, der wird eben vom gesamten Verkaufspreis ein Viertel abliefern. Arbeitslos erworbenes Vermögen, so nennen wir das in unserer Fachsprache.

Das wäre aber eine zutiefst eigentumsfeindliche Steuerpolitik.

Das ist ja der Kern unserer Überlegungen: Wir müssen zu einer Umkehr der Lasten kommen. Der Finanznot der öffentlichen Hand steht ja ein beträchtliches Finanz- und Sachwertvermögen der privaten Haushalte gegenüber. Es wird daher Ziel unserer Vorschläge sein, dieses Verhältnis umzukehren. Das Sparen und Thesaurieren der Privaten, das was die deutsche Linke zu Recht die überkommenen Tugenden der schwäbischen Hausfrau nennt, das muss ein Ende haben.

Wo setzen Ihre Experten noch an?

Der Vorschlag einer Akademikersteuer zur Entlastung des Universitätsbudgets ist ja kein Zufall. Dieses System ist ausbaubar. Damit könnte man nicht nur Studiengebühren vorfinanzieren, sondern auch andere Transferleistungen später wieder zu-

rückholen. Angenommen, Sie haben eine Wohnbauförderung bekommen und verdienen später einmal mehr als die ehemalige Höchstgrenze. Dann könnte eine Wohnbaudarlehen-Regressionspauschale von monatlich 200 Euro eingehoben werden. Ein anderes Beispiel: Wer einen Gratiskindergarten in Anspruch genommen hat, der sollte später im Berufsleben einen Vorschulalter-Förderungsbeitrag zahlen müssen. Waren Sie beispielsweise wegen geringen Einkommens von der Rezeptgebühr befreit, dann könnte später einmal die Medikamentenkosten-Ausgleichsabgabe schlagend werden. Da gibt es viel Phantasie.

Das würde aber die Einkommen aus einem Erwerbsleben zusätzlich belasten und praktisch ein Leben lang die Besserverdiener bzw. die Leistungsträger mit einer dramatischen Sicherung ihrer Nettoeinkommen konfrontieren.

Sicher, das ist ja die Absicht. Sie können das Ganze natürlich auch in das bestehende Steuersystem einbauen. Etwa durch eine drastische Erhöhung der Grenzsteuersätze oder eine differenzierte Mehrwertsteuer.

Was soll das jetzt wieder bedeuten?

Ganz einfach: Bevor die Erfassung Ihres Einkaufs an der Supermarktkasse erfolgt, müssen Sie eine E-Card zum aktuellen Einkommen einscannen lassen. Dieser elektronische Datenträger ist vom Arbeitgeber zu erstellen. Er wird registriert, und die Kassierin verrechnet automatisch den erhöhten Mehrwertsteuersatz, also beispielsweise 25 Prozent. Das ist sozial gerecht und schafft zusätzliche Arbeitsplätze in der Informationstechnologie. Sie sehen, uns fällt immer etwas ein, wenn es um mehr Steuern geht! Die Innenministerin hat es vor kurzem erfreulicherweise auf eine allgemein verständliche Formel reduziert: Her mit dem Zaster, her mit der Marie! - üh -

Impressum

Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien
E-Mail: info@sv.sparkasse.at
Internet: www.sparkasse.at

SPARKASSE
Verband Österreich

Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Mag. Andreas Feichtenberger, Mag. Sandra Paweron-Schitz, Mag. Helmut Reindl
Beirat: Mag. Michael Ikrah, Mag. Nina Hoppe, Mag. Michael Mauritz, Mag. Peter N. Thier

Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Diese Ausgabe wurde am 12.12.2011 redaktionell abgeschlossen.